

Arbeitshilfen und Stellungnahmen

Flyer zum Mindestlohn für ausländische Beschäftigte

Das Projekt »Faire Mobilität« des DGB hat ein Faltblatt zum Thema Mindestlohn für ausländische Beschäftigte erstellt. Erläutert wird, für wen der Mindestlohn gilt und was getan werden kann, falls ein Arbeitgeber sich weigert, den Mindestlohn zu zahlen. Der Flyer ist in bulgarischer, ungarischer, rumänischer, slowenischer und kroatischer Sprache erhältlich.

- **DGB/European Fair Mobility Project:** *Gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland – Informationen für Beschäftigte aus dem Ausland.* Abrufbar in verschiedenen Sprachen bei www.faire-mobilitaet.de unter »Informationen«.

Handbuch zur Prüfung der Glaubhaftigkeit im Asylverfahren

Das Ungarische Helsinki Komitee hat den zweiten Band des Trainingshandbuchs »Credibility Assessment in Asylum Procedures« veröffentlicht. Schwerpunkte des neuen Bandes sind die Prüfung von Glaubhaftigkeit im Zusammenhang mit sexueller Orientierung sowie bei Minderjährigen.

Laut der Einführung zum Handbuch sind Zweifel an der Glaubhaftigkeit der häufigste Grund für die Ablehnung von Asylanträgen. Dabei fehle es aber weitgehend an Konzepten dafür, wie Glaubhaftigkeit definiert und beurteilt werden soll. Zur Entwicklung derartiger Konzepte sollte das Projekt »CREDO (Building Credibility)« beitragen, an dem auch UNHCR beteiligt war und in dessen Rahmen die Handbücher zur Glaubhaftigkeitsprüfung erschienen sind.

In beiden Bänden des Handbuchs werden Hintergrundinformationen zum Thema mit zahlreichen praktischen Übungen verknüpft.

- **Hungarian Helsinki Committee:** *Credibility Assessment in Asylum*

Procedures – A Multidisciplinary Training Manual, Volume 2, 2015. Abrufbar bei www.ecoi.net unter »ecoi.net-Blog«.

DAV fordert Gesetz zur Umsetzung der Dublin III-Verordnung

Der Ausschuss Auländer- und Asylrecht des Deutschen Anwaltvereins (DAV) hat gesetzgeberische Maßnahmen gefordert, um die Anwendung der Dublin III-Verordnung sicherzustellen. In einer im Mai 2015 veröffentlichten Initiativstellungnahme weist der DAV darauf hin, dass die Verordnung seit dem 1. Januar 2014 zwar unmittelbar anwendbar sei, ungeachtet dessen aber »erheblicher Regelungsbedarf« bestehe.

Die Forderungen des DAV betreffen u.a. die Informationspflichten über das Dublinverfahren sowie den Prüfungsumfang im Rahmen des einstweiligen Rechtsschutzes. Grundsätzlich soll nach Ansicht des DAV zudem die Möglichkeit der freiwilligen Ausreise in den für das Asylverfahren zuständigen Staat eröffnet werden.

- **Deutscher Anwaltverein:** *Initiativstellungnahme zum nationalen Gesetzgebungsbedarf aufgrund der Einführung der Dublin-III-Verordnung (VO EU 604/2013).* Mai 2015, abrufbar bei www.anwaltverein.de unter »Newsroom/Stellungnahmen«.

Weitere Publikationen

- **EASO:** *Researching the situation of lesbian, gay, and bisexual persons (LGB) in countries of origin.* April 2015, abrufbar bei easo.europa.eu unter »Asylum Documentation/Featured Publications«.
- **IDA e.V./Ansgar Drücker u.a., Hg.:** *Diversitätsbewusste (internationale Jugendarbeit). Eine Handreichung*, 2015. Zu bestellen bei www.idaev.de unter »Publikationen/Bestellformular«.

Buchbesprechung

»Schiffbruch – Das Versagen der europäischen Flüchtlingspolitik«

Von Rechtsanwältin Dr. Matthias Lehner, Berlin

Die Geschichten wiederholen sich nicht. Jeder Mensch, der in den vergangenen Jahren bei der Flucht über das Mittelmeer sein Leben verlor, hat seine ganz eigene Vergangenheit mit in die Tiefen der Meere genommen und Trauer oder Unwissen über seinen Verbleib bei Angehörigen und Freunden hinterlassen. Und jeder, der voller Hoffnung auf Schutz und eine menschenwürdige Perspektive nach Europa kam, um dann in einem ungarischen Gefängnis oder auf den Straßen Palermos zu landen, jeder dieser Menschen trägt seine ganz eigenen Erlebnisse in sich.

Es sind dennoch selten die Individuen, sondern die Zahlen der Menschen, die Monat für Monat ertrinken oder innerhalb Europas herumgeschoben werden, die die immer gleichen Diskussionen zu bestimmen scheinen: Auf die nächsten hundert Toten vor der libyschen Küste und die neuesten Berichte über das italienische oder bulgarische Asylsystem folgen Empörung und Appelle, und es folgen sogleich die immer gleichen Abwehrreaktionen: Wir – Europa – können ja nicht alle aufnehmen, sondern müssen allein die skrupellosen Schlepperbanden bekämpfen. Es folgen hier und da Korrekturen durch Gesetzgebung und Gerichte. Was nicht folgt, ist eine Umkehr zu einer Politik, bei der der Mensch und seine Geschichte im Zentrum stehen.

Angesichts dieses »hunderttausendfachen Skandals«, wie ihn Wolfgang Grenz, Julian Lehmann und Stefan Keßler nennen, kann es nicht zu viele Plädoyers für eine menschlichere Flüchtlingspolitik geben. Den Autoren – seit langen Jahren als Lobbyisten und Wissenschaftler mit dem Flüchtlingsschutz vertraut – ist mit dem Buch »Schiffbruch« ein gutes Plädoyer gelungen. In einer anschaulichen und bisweilen mitreißenden Sprache stellen sie den europäischen

Anspruch an Humanität und die rechtlichen Verpflichtungen der inhumanen Wirklichkeit und der faktischen Rechtlosigkeit von geflüchteten Menschen gegenüber.

Es sind die Schicksale der Opfer der europäischen Flüchtlingspolitik – der Toten vor Lampedusa im Oktober 2013 oder der drei Mädchen, die 2007 an der ukrainisch-polnischen Grenze den Erschöpfungstod starben – die die Autoren ihren Ausführungen voranstellen, um zu verdeutlichen, dass diese Flüchtlingspolitik auf den Prüfstand gehört.

Der Hinweis auf die – rechtliche, aber auch und vor allem politische und moralische – Verantwortung der europäischen Staaten für geflüchtete Menschen zieht sich durch das ganze Buch. Dabei gehen die Autoren erst einmal einen Schritt zurück und skizzieren die Historie des gegenwärtigen Flüchtlingsrechts insbesondere in Gestalt der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951: Eine Geschichte, die »Auftrag sein sollte für den Flüchtlingsschutz von heute«, fußt sie doch bekanntermaßen vor allem auf dem Scheitern der Politik gegenüber den Flüchtlingen aus dem nationalsozialistischen Deutschland – einer Zeit zugleich, in der ein Varian Fry zahllose Menschen auf illegalem Weg die Flucht ermöglichte und in unserer Zeit dafür als Namensgeber einer Straße im Berliner Regierungsviertel geehrt wird, während die europäischen Staaten den Schleppern von heute mittlerweile sogar den militärischen Kampf angesagt haben.

Die Autoren stellen jedoch nicht nur Rückschritte fest, sondern erklären auch die Weiterentwicklungen des Schutzes. Sie konstatieren, dass die Fortschritte in der Ausgestaltung des Flüchtlingsrechts, zum Beispiel durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, noch nicht an ihr Ende gelangt sind. Ausgehend von diesem optimistischen Zwischenfazit widmen sich die Autoren sodann dem Kernthema des Buches, der europäischen Flüchtlingspolitik – um ihr sogleich ein schlechtes Zeugnis auszustellen. Die zahllosen

und dokumentierten »Pushbacks« in griechischen Gewässern oder an der bulgarischen Landgrenze und die Kooperationen mit den Grenzschutzbehörden der Transitstaaten stehen für das zentrale Paradoxon der europäischen Flüchtlingspolitik: Menschen, die einen theoretischen Anspruch auf Flüchtlingsschutz haben, können diesen nicht wahrnehmen, weil sie keine legalen Möglichkeiten haben, einzureisen und bisweilen brutal gehindert werden, die Grenzen zu überqueren. Ähnliches gilt für das »Dublin-System«: Während das Gemeinsame Europäische Asylsystem eine Harmonisierung der Standards vorsieht, sind die Lebensbedingungen für Asylsuchende wie auch die Anerkennungspraxis in zahlreichen Staaten gänzlich unzureichend. Auch vereinzelte Verbesserungen ändern, wie die Autoren zu Recht konstatieren, nichts daran, dass das Asylverfahren weiterhin einer Lotterie gleicht.

Anders als der Titel vermuten lässt, verbleiben die Autoren nicht allein bei den gravierendsten Problemen der europäischen Flüchtlingspolitik, sondern lenken im Anschluss den Blick nach Deutschland: Dies ist eine weitere Stärke des Buches – wird so doch der Eindruck vermieden, dass unzureichende Bedingungen nur in Ungarn, Italien, Bulgarien oder Griechenland, nicht jedoch in Deutschland herrschen. Besonderes Augenmerk legen die Autoren hier auf die fehlerbehaftete Entscheidungspraxis des Bundesamtes, die Einstufung der Balkanstaaten als sichere Herkunftsstaaten und die mangelhafte Unterbringung und Gesundheitsversorgung von Asylsuchenden.

Die Autoren liefern prägnante Denkanstöße, sie präsentieren indes keine gänzlich neuen Fakten. Ebenso wenig neu wie revolutionär sind ihre Kritikpunkte und Forderungen, beschränken sie sich doch im Wesentlichen auf bekannte Argumentationen und Reformvorschläge – dabei bleiben sie bisweilen allzu vage und sind einem strategischen Denken verhaftet anstatt radikale Postulate zu wagen: Wenn etwa behauptet wird,

dass die Abschaffung von Frontex keine Probleme lösen würde, wird damit einer Institution das Wort geredet, die in den vergangenen Jahren die Effektivierung, mithin die Brutalisierung des europäischen Grenzregimes, nicht zuletzt durch die Weiterentwicklung der technologischen Grenzsicherung und die vermehrte Kooperation mit Drittstaaten ganz wesentlich vorangetrieben hat. Statt weiterhin Millionen in diese Politik zu investieren, und dabei der Illusion anzuhängen, dass den betroffenen Menschen dadurch geholfen werden könnte, sollten die Gelder stattdessen für die Verbesserung des Flüchtlingsschutzes in den Mitgliedstaaten und, soweit dies kurzfristig weiterhin erforderlich ist, für Seenotrettungsprogramme ausgegeben werden.

Schade und bedenklich ist es schließlich, dass die selbstorganisierten Proteste vieler Flüchtlinge in Deutschland in einem kurzen Teilkapitel als legitim beschrieben und gewürdigt, aber ihre Forderungen inhaltlich allzu kurz bewertet werden: Wenn die Autoren hierbei einen Teil der Forderungen der Flüchtlinge als bloße Utopie kategorisieren, reproduzieren sie eben jenen zu Recht kritisierten Paternalismus flüchtlingsfreundlich gesonnener Organisationen, gegen den sich Flüchtlinge wenden, wenn sie selbst auf die Straße gehen, anstatt nur andere für sich sprechen zu lassen.

Nichtsdestotrotz ist Grenz, Lehmann und Keßler ein beeindruckender »Rundumschlag« gelungen, der durch die Klarheit seiner Sprache und die Art der Darstellung imponiert. Indem sie Geschichten statt Zahlen und den politischen Kontext statt des reinen Rechts sprechen lassen, ist ihr Werk vor allem denjenigen zu empfehlen, die die Thematik bislang mehr aus der Ferne verfolgt haben.

• **Wolfgang Grenz, Julian Lehmann, Stefan Keßler.** *Schiffbruch. Das Versagen der europäischen Flüchtlingspolitik.* München, Knauer Taschenbuch 2015, 208 S., 12,99 €. ISBN 978-3-426-78745-8.